

Merkblatt

für die Gemeinden Tirols

HERAUSGEGEBEN VOM AMT DER TIROLER LANDESREGIERUNG, ABTEILUNG GEMEINDEN

INHALT

21. Tiroler Freizeitwohnsitzabgabegesetz -
TFWAG
22. Richtlinien der Landesregierung über die
Gewährung von Zuschüssen zum Personal-
aufwand für die Gemeindewaldaufseher

23. Abgabenertragsanteile der Gemeinden
Mai 2019
24. Abgabenertragsanteile der Gemeinden
Jänner bis Mai 2019
- Verbraucherpreisindex für
März 2019 (vorläufiges Ergebnis)*

21.

Tiroler Freizeitwohnsitzabgabegesetz - TFWAG

Der Tiroler Landtag hat in seiner Sitzung vom 8. Mai 2019 ein **Gesetz über die Erhebung einer Freizeitwohnsitzabgabe (Tiroler Freizeitwohnsitzabgabegesetz -TFWAG)** beschlossen, das mit 1. Jänner 2020 in Kraft tritt.

Die Freizeitwohnsitzabgabe ist als **ausschließliche Gemeindeabgabe** konzipiert, für deren Erhebung jede Gemeinde eine **Verordnung über die Höhe der Freizeitwohnsitzabgabe** erlassen muss. Dabei ist der Gemeinderat an eine untere und obere **Wertgrenze** gebunden, die abhängig von der **Nutzfläche** des Freizeitwohnsitzes gestaffelt ist. Bei der Festlegung der Abgabenhöhe sollen sowohl der **Verkehrswert** der Liegenschaften in der Gemeinde als auch **finanzielle Belastungen** der Gemeinde, die durch Freizeitwohnsitze entstehen und insbesondere nicht durch Benützungsgebühren oder Interessentenbeiträge abgegolten werden. Bei einer erheblich **unterschiedlichen Gewichtung** der maßgeblichen Umstände **innerhalb einer Gemeinde** kann die Abgabe für bestimmte Teile des Gemeindegebietes in unterschiedlicher Höhe festgesetzt werden. Aufgrund der ausdrücklichen Anordnung in § 9 Abs. 2 des TFWAG können die entsprechenden Verordnungen **ab dem Tag der Kundmachung des Gesetzes** erlassen werden, sie dürfen

jedoch **frühestens mit 1. Jänner 2020 in Kraft gesetzt** werden.

Abgabepflichtig ist die **Verwendung eines Wohnsitzes als Freizeitwohnsitz**, wobei die Definition des Freizeitwohnsitzes selbst sowie die in § 2 des TFWAG normierten Ausnahmen aus § 13 Abs. 1 des Tiroler Raumordnungsgesetzes 2016 (TROG 2016) übernommen wurden. Eine Verwendung als Freizeitwohnsitz liegt vor, wenn Gebäude, Wohnungen oder sonstige Teile von Gebäuden **zu den im § 1 Abs. 2 TFWAG genannten Zwecken genutzt** werden. Objekte, die an sich aufgrund ihrer geringen Größe, Ausgestaltung oder minimalen Einrichtung für Wohnzwecke nicht geeignet sind, kommen als Freizeitwohnsitze nicht in Betracht, da es sich bei der Freizeitwohnsitznutzung um eine **spezielle Form der Wohnnutzung** handelt.

Ob ein Gebäude, eine Wohnung oder ein Gebäudeteil als Freizeitwohnsitz im Sinn des Gesetzes anzusehen ist und somit der Abgabepflicht unterliegt, ist daher **im Einzelfall zu beurteilen**, soweit hierüber nicht ohnehin schon aufgrund der Eintragung in das Freizeitwohnsitzverzeichnis nach § 14 TROG 2016 Klarheit besteht.

Die Frage, ob beispielsweise ein Schrebergartenhäuschen einen abgabepflichtigen Freizeitwohnsitz darstellt oder nicht, ist durch eine Überprüfung zu lösen, ob es sich dabei um ein Kleinstgebäude handelt, das im Hinblick auf seine minimale Einrichtung für Wohnzwecke nicht geeignet ist oder ob es sich um ein Objekt entsprechender Größe handelt, das über eine für Wohnzwecke geeignete Ausstattung und Einrichtung verfügt.

Bei letzterem hat die Behörde anhand der konkreten Nutzung zu beurteilen, ob eine Verwendung als Freizeitwohnsitz durch Nutzung zu den oben genannten Zwecken erfolgt. Allenfalls kann dafür eine Aufforderung zur Vorlage einer **Abgabenerklärung** ergehen, mit der die für die Bemessung der Abgabe maßgeblichen Verhältnisse schriftlich bekanntzugeben und die entsprechenden Unterlagen vorzulegen sind.

Für die **Entstehung des Abgabeananspruches** ist unerheblich, ob die Verwendung als Freizeitwohnsitz nach den Bestimmungen des TROG 2016 rechtmäßig erfolgt.

Abgabenschuldner der Freizeitwohnsitzabgabe ist grundsätzlich der **Eigentümer** des Freizeitwohnsitzes, Miteigentümer schulden die Abgabe zur ungeteilten Hand, außer, es liegt Wohnungseigentum vor. Besteht ein Baurecht, ist der Bauberechtigte Abgabenschuldner. Es kommt zu einer Änderung des Abgabenschuldners, wenn der Freizeitwohnsitz unbefristet oder länger als für ein Jahr an ein und dieselbe Person vermietet, verpachtet oder sonst entgeltlich oder unentgeltlich überlassen wird.

Unter diesen Voraussetzungen ist der **Inhaber** des Freizeitwohnsitzes Abgabenschuldner, den Eigentümer des Freizeitwohnsitzes treffen eine Meldepflicht über den Schuldnerwechsel und eine Haftung für die Abgabenschuld.

Die Freizeitwohnsitzabgabe ist eine **Selbstbemessungsabgabe**, die vom Abgabenschuldner anhand der **Nutzfläche** des Freizeitwohnsitzes jährlich bis 30. April selbst zu bemessen ist und die er bis dahin auch zu entrichten hat. Etwaige **Änderungen der Nutzfläche**, beispielsweise durch Um- oder Zubauten, sind ab dem Zeitpunkt des Einlangens der Anzeige über die Bauvollendung bei der Baubehörde zu berücksichtigen.

Der **Abgabeananspruch** entsteht grundsätzlich mit **Beginn des Kalenderjahres**, außer, ein Freizeitwohnsitz wurde während des Jahres neu errichtet oder die Freizeitwohnsitznutzung wurde erst während des Jahres begründet, dann entsteht er mit Beginn des Monats, in dem die Anzeige über die Bauvollendung eingelangt ist oder die Nutzung als Freizeitwohnsitz begonnen hat. **Wenn der Abgabeananspruch nach Jahresbeginn** entsteht, ist die Abgabe bis 30. April des folgenden Jahres zu entrichten, um unbillig kurze Zeiträume für die Selbstbemessung und Entrichtung der Abgabe zu vermeiden. Die **unterjährige** Begründung oder das unterjährige Ende einer Verwendung als Freizeitwohnsitz führt außerdem zu einer **Reduktion** der Abgabe, da diese nur noch anteilig für die verbleibenden vollen Monate des Kalenderjahres zu entrichten ist.

22.

Richtlinien der Landesregierung über die Gewährung von Zuschüssen zum Personalaufwand für die Gemeindewaldaufseher

Die Tiroler Landesregierung hat in ihrer Sitzung vom 14. Mai 2019 folgende Richtlinien beschlossen:

**„Richtlinien der Landesregierung vom 14. Mai 2019
über die Gewährung von Beiträgen zum
Personalaufwand für die Gemeindewaldaufseher**

§ 1

Anwendungsbereich, Grundsätze

- (1) Die Richtlinien gelten für die Gewährung einer Förderung zur teilweisen Deckung des Personalaufwandes für die Gemeindewaldaufseher an die Gemeinden Tirols.
- (2) Förderzeitraum für die Ermittlung des Personalaufwandes ist das der Gewährung der Förderung vorangegangene Kalenderjahr.
- (3) Die Förderung ist an keine Bedingungen und Auflagen geknüpft.

§ 2

Art und Umfang der Förderung, Berechnung

- (1) Die Förderung wird jährlich im Weg der Privatwirtschaftsverwaltung in Form eines Beitrages nach Maßgabe der dafür im Landesvoranschlag vorgesehenen Mittel gewährt.
- (2) Die Höhe der Förderung beträgt höchstens 50 v.H. der Bemessungsgrundlage, die sich aus dem Ausgangsbetrag abzüglich des höchstzulässigen Ertrages der Umlage nach § 10 Abs. 6 der Tiroler Waldordnung 2005 für den Förderzeitraum ergibt.
- (3) Der Ausgangsbetrag ist

- a) bei jenen Gemeinden, die nach § 5 Abs. 1 für ein Waldbetreuungsgebiet einen Gemeindewaldaufseher angestellt haben, der für den Gemeindewaldaufseher im Förderzeitraum jeweils angefallene Personalaufwand,
- b) bei jenen Gemeinden, die nach § 5 Abs. 2 für ein mehrere Gemeinden oder Teilgebiete mehrerer Gemeinden umfassendes Waldbetreuungsgebiet einen Gemeindewaldaufseher angestellt haben, der für den Gemeindewaldaufseher im Förderzeitraum jeweils angefallene

angefallene Personalaufwand abzüglich der von den übrigen Gemeinden des Waldbetreuungsgebietes nach § 5 Abs. 3 anteilmäßig zu tragenden Kosten,

c) bei allen übrigen Gemeinden, die Teil eines mehrere Gemeinden oder Teilgebiete mehrerer Gemeinden umfassenden Waldbetreuungsgebietes sind, die von ihnen im Förderzeitraum nach § 5 Abs. 3 anteilmäßig getragenen Kosten.

Ist der Gemeindewaldaufseher auch mit dienstlichen Aufgaben betraut, die in keinem Zusammenhang mit seiner Tätigkeit als Waldaufseher stehen, so ist dem Ausgangsbetrag nach lit. a oder b jener Anteil am Personalaufwand zugrunde zu legen, der dem Beschäftigungsausmaß als Gemeindewaldaufseher im Förderzeitraum entspricht.

(4) Der höchstzulässige Ertrag der Umlage ist der Betrag, den die Gemeinde unter Festlegung eines Umlagesatzes in Höhe von 100 v.H. der in der Verordnung zur Festlegung einheitlicher Hektarsätze für die Erhebung der Umlage zur Aufwandsdeckung für die Gemeindewaldaufseher, LGBl. Nr. 16/2018, festgelegten Hektarsätze durch Vorschreibung der Waldumlage von den Waldbesitzern für den Förderzeitraum erheben kann.

§ 3

Durchführung der Förderung

- (1) Ansuchen auf die Gewährung einer Förderung sind bei sonstigem Anspruchsverlust bis spätestens 31. August eines jeden Jahres bei der Landesregierung, Abteilung Gemeinden, elektronisch im Weg der Gemeindeanwendung einzubringen.
- (2) Da der Förderzeitraum in der Vergangenheit liegt, sind keine Anordnungen über die Kontrolle der bestimmungsgemäßen Verwendung der Förderung sowie über die Rückerstattung bei nicht widmungsgemäßer Verwendung zu treffen.

§ 4

Inkrafttreten

Diese Richtlinien treten mit 1.6.2019 in Kraft.“

23.

Abgabenertragsanteile der Gemeinden Mai 2019

Ertragsanteile an	2018	2019	Veränderung	
			in Euro	in %
Einkommen- und Vermögensteuern				
Veranlagter Einkommensteuer	-5.020.808	-4.884.076	136.732	2,72
Lohnsteuer	20.710.148	20.615.329	-94.820	-0,46
Kapitalertragsteuer	1.361.696	1.397.242	35.546	2,61
Kapitalertragsteuer auf sonstige Erträge	952.087	578.027	-374.060	-39,29
Körperschaftsteuer	-506.042	205.212	711.254	140,55
Abgeltungssteuern Schweiz	-2.100	0	2.100	100,00
Abgeltungssteuern Liechtenstein	0	0	0	0,00
Erbschafts- und Schenkungssteuer	107	308	201	188,62
Stiftungseingangssteuer	263	12.539	12.276	4673,96
Bodenwertabgabe	2.436	4.039	1.603	65,78
Stabilitätsabgabe	-13.910	-17.958	-4.048	-29,10
Summe Einkommen- und Vermögensteuern	17.483.878	17.910.662	426.784	2,44
Sonstige Steuern				
Umsatzsteuer	18.545.750	19.718.258	1.172.508	6,32
Tabaksteuer	1.474.100	1.388.629	-85.471	-5,80
Biersteuer	200.029	243.516	43.487	21,74
Mineralölsteuer	3.334.455	4.831.392	1.496.937	44,89
Alkoholsteuer	132.302	149.437	17.135	12,95
Schaumweinsteuer	34.729	37.124	2.395	6,90
Kapitalverkehrsteuern	3.045	2.349	-696	-22,86
Werbeabgabe	80.091	71.100	-8.991	-11,23
Energieabgabe	1.022.501	1.128.037	105.536	10,32
Normverbrauchsabgabe	391.849	357.333	-34.516	-8,81
Flugabgabe	31.531	52.972	21.441	68,00
Grunderwerbsteuer	9.409.344	11.633.354	2.224.010	23,64
Versicherungssteuer	1.900.277	1.975.486	75.209	3,96
Motorbezogene Versicherungssteuer	3.369.622	3.541.251	171.629	5,09
KFZ-Steuer	14.322	11.346	-2.976	-20,78
Konzessionsabgabe	183.155	191.049	7.894	4,31
Summe sonstige Steuern	40.127.102	45.332.633	5.205.531	12,97
Kunstförderungsbeitrag	0	0	0	0,00
Gesamtsumme	57.610.980	63.243.295	5.632.315	9,78

24.

Abgabenertragsanteile der Gemeinden Jänner bis Mai 2019

Ertragsanteile an	2018	2019	Veränderung	
			in Euro	in %
Einkommen- und Vermögensteuern				
Veranlagter Einkommensteuer	18.921.972	19.131.583	209.611	1,11
Lohnsteuer	109.803.469	119.005.118	9.201.649	8,38
Kapitalertragsteuer	7.022.199	7.553.201	531.002	7,56
Kapitalertragsteuer auf sonstige Erträge	3.948.494	2.800.375	-1.148.120	-29,08
Körperschaftsteuer	34.756.945	40.354.738	5.597.793	16,11
Abgeltungssteuern Schweiz	-2.310	-16	2.294	99,30
Abgeltungssteuern Liechtenstein	-42	0	42	100,00
Erbschafts- und Schenkungssteuer	81.658	6.509	-75.150	-92,03
Stiftungseingangssteuer	534.854	84.048	-450.806	-84,29
Bodenwertabgabe	-11.083	324.180	335.263	3025,08
Stabilitätsabgabe	371.166	365.137	-6.029	-1,62
Su. Einkommen- und Vermögensteuern	175.427.321	189.624.872	14.197.550	8,09
Sonstige Steuern				
Umsatzsteuer	103.390.394	105.269.226	1.878.832	1,82
Tabaksteuer	7.637.292	7.677.459	40.167	0,53
Biersteuer	820.045	850.350	30.304	3,70
Mineralölsteuer	17.854.597	18.346.093	491.496	2,75
Alkoholsteuer	708.532	759.362	50.830	7,17
Schaumweinsteuer	124.650	126.625	1.975	1,58
Kapitalverkehrssteuern	3.744	3.926	182	4,85
Werbeabgabe	506.361	494.459	-11.902	-2,35
Energieabgabe	4.800.261	4.782.927	-17.334	-0,36
Normverbrauchsabgabe	1.842.082	1.789.873	-52.210	-2,83
Flugabgabe	408.037	280.150	-127.888	-31,34
Grunderwerbsteuer	44.509.618	52.808.417	8.298.799	18,64
Versicherungssteuer	5.296.341	5.474.088	177.747	3,36
Motorbezogene Versicherungssteuer	8.783.856	9.283.962	500.106	5,69
KFZ-Steuer	263.054	273.641	10.587	4,02
Konzessionsabgabe	1.286.960	1.308.956	21.996	1,71
Summe sonstige Steuern	198.235.825	209.529.513	11.293.688	5,70
Kunstförderungsbeitrag	44.048	44.407	358	0,81
Gesamtsumme	373.707.195	399.198.792	25.491.597	6,82
Zwischenabrechnung	-8.995.968	7.337.103	16.333.071	181,56
Gesamtsumme inkl. Zwischenabrechnung	364.711.227	406.535.895	41.824.668	11,47

VERBRAUCHERPREISINDEX FÜR MÄRZ 2019 (vorläufiges Ergebnis)		
	Februar 2019 (endgültig)	März 2019 (vorläufig)
Index der Verbraucherpreise 2015		
Basis: Durchschnitt 2015 = 100	105,5	106,4
Index der Verbraucherpreise 2010		
Basis: Durchschnitt 2010 = 100	116,8	117,8
Index der Verbraucherpreise 2005		
Basis: Durchschnitt 2005 = 100	127,9	129,0
Index der Verbraucherpreise 2000		
Basis: Durchschnitt 2000 = 100	141,4	142,6
Index der Verbraucherpreise 96		
Basis: Durchschnitt 1996 = 100	148,8	150,0
Index der Verbraucherpreise 86		
Basis: Durchschnitt 1986 = 100	194,5	196,2
Index der Verbraucherpreise 76		
Basis: Durchschnitt 1976 = 100	302,4	304,9
Index der Verbraucherpreise 66		
Basis: Durchschnitt 1966 = 100	530,7	535,2
Index der Verbraucherpreise I		
Basis: Durchschnitt 1958 = 100	676,1	681,9
Index der Verbraucherpreise II		
Basis: Durchschnitt 1958 = 100	678,4	684,2
<p>Der Index der Verbraucherpreise 2015 (Basis: Jahresdurchschnitt 2015 = 100) für den Kalendermonat März 2019 beträgt 106,4 (endgültige Zahl) und ist somit gegenüber dem Stand für den Vormonat Februar 2019 um 0,9 Punkte gestiegen (Februar 2019 gegenüber Jänner 2019 + 0,0 Punkte). Gegenüber März 2018 ergibt sich eine Steigerung um 1,9 Punkte (+ 1,8 %), für Februar 2019/2018 um 1,6 Punkte (+ 1,5 %).</p>		

MEDIENINHABER (VERLEGER):

Amt der Tiroler Landesregierung,

Abteilung Gemeinden,

6010 Innsbruck, Tel. 0512/508-2370

www.tirol.gv.at/merkblatt-gemeinden

Für den Inhalt verantwortlich: Mag. Christine Salcher

Offenlegung gemäß § 5 Mediengesetz: Medieninhaber Land Tirol

Erklärung über die grundlegende Richtung: Information der Gemeinden

Druck: Eigendruck